

Handelspolitische Forderungen der deutschen und bayerischen Landwirtschaft.

Am 3. Juni fand zu Nürnberg eine außerordentlich gut besuchte Versammlung der der „Handelspolitischen Vereinigung der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns einschließlich Mülerei und Mälzerei“ zugehörigen Organisationen Mittelfrankens statt. Anwesend waren u. a. Freiherr v. Tucher als Vertreter des Deutschen Hopfenbauvereins sowie ein Vertreter der Kriegsamtstelle und der Mehlverteilungsstelle der Stadt Nürnberg. Nach kurzen Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden, Landesökonomierat Beckh-Ratsberg, vom Bund der Landwirte, legte Geh. Landesökonomierat Dr. Heim als Hauptreferent die Ziele und Zukunftsforderung der deutschen Landwirtschaft eingehend dar. Er widerlegte vor allem die weitverbreitete Ansicht, als habe die Landwirtschaft während des Krieges überreichlich verdient; betonte demgegenüber vielmehr, daß sie an den Kriegsoffern und an dem kriegswirtschaftlichen Raubbau mit am schwersten zu tragen habe. Die Erhaltung und Fortentwicklung einer starken, leistungsfähigen Volkswirtschaft sei die Grundforderung für den Wiederaufbau der deutschen Landwirtschaft. Zu diesem Zwecke müsse auch der nötige Schutz Zoll gegenüber Oesterreich-Ungarn unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Die deutsche und bayerische Landwirtschaft sei zwar nicht dagegen, daß mit Oesterreich-Ungarn ein engeres wirtschaftspolitisches Verhältnis hergestellt werde, sie müsse aber im Interesse ihrer Selbsterhaltung mit allem Nachdruck gegen eine dauernde zollfreie Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn Stellung nehmen, besonders soweit dies Waren betrifft, die wir selbst in ausreichender Menge, namentlich in Bayern, erzeugen. In weiteren Ausführungen wandte sich Dr. Heim sodann u. a. gegen die Geheimnisträumerei der Regierungsstellen und gab der Meinung Ausdruck, daß unsere Regierungsstellen doch wohl auch des fachlichen Rates der einschlägigen Berufsvereinigungen bedürfen.

In einem weiteren Referat verbreitete sich Landesökonomierat Beckh über „Unser Wirtschaftsverhältnis zu Oesterreich-Ungarn“ im speziellen. Er setzte sich gleichfalls für einen lückenlosen Zolltarif ein, wobei Oesterreich-Ungarn einen Vorzugstarif, der für andere Länder nicht bindend sein dürfte, gewährt werden könne.

Landesökonomierat F a i s t referierte sodann über „Hopfenbau im Kriege und Hopfenzölle“. Der Hopfenbauer habe im Kriege sehr gelitten, die Hopfenanbaufläche sei weiter zurückgegangen. Ein weiterer Rückgang des Hopfenbaues sei im volkswirtschaftlichen Interesse wegen der friedensmäßigen guten Rentabilität des Hopfenbaues hintanzuhalten. Mit Rücksicht auf die Konkurrenz des Saazer Hopfens (die dortige Hopfenfläche hat sich, im Gegensatz zu der bayerischen Hopfenfläche, ständig vermehrt) sei die Schaffung eines ausreichenden Hopfenzolles für den Wiederaufbau des bayerischen Hopfenbaues unerlässlich.

Nach kurzen zustimmenden Erklärungen des Hauptlehrers Walz als Vertreter des Mittelfränkischen Bauernvereins, des Kunstmühlenbesitzers Hüller von Hammer bei Nürnberg als Vertreter der vereinigten bayerischen Mülerei und des Malzfabrikanten Seligstein als Vertreter des Bayerischen Mälzerbundes und einer telegraphischen Zustimmung des Deutschen Bauernbundes gelangte folgende Entschliebung zur einstimmigen Annahme:

Die der „Handelspolitischen Vereinigung der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns einschließlich Mülerei und Mälzerei“ zugehörigen Organisationen Mittelfrankens halten es zur Erhaltung und Fortentwicklung der politischen und volkswirtschaftlichen Nachstellung des Deutschen Reiches für unerlässlich, daß an

dem bewährten Schutzollsystem, auch Oesterreich-Ungarn gegenüber, festgehalten wird. In den derzeitigen und künftigen Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn hat auch die bayerische Landwirtschaft, schon mit Rücksicht auf ihre hervorragende kriegswirtschaftliche Bewährung ein Anrecht darauf, daß speziell ihre Interessen gegenüber Oesterreich-Ungarn gebührend mitberücksichtigt werden.

Die heute in Nürnberg versammelten bayerischen Landwirte, Müller und Mälzer richten daher im Einklang mit den wiederholten Forderungen der wirtschaftlichen Berufsvereinigungen an die einschlägigen Regierungsstellen des Reiches und Bayerns die dringende Forderung, daß diese vor richtunggebenden und entscheidenden Entschlüssen die nötige Zusammenarbeit mit den fachlichen Berufsvertretungen, besonders mit dem neugeschaffenen handels- und agrarpolitischen bayerischen Gesamtverband, aufgenommen haben. Die überstürzte Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsbundes, der ohne die Zustimmung der bedeutendsten Berufsvertretungen der beteiligten Länder nur dem einseitig beeinflussten Willen der Regierungen sein Entstehen verdanken würde, wäre schon mit Rücksicht auf die gerade derzeit noch recht unsicheren politischen Verhältnisse im Osten als ein schwerer politischer Fehler zu bezeichnen.